

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Horst Kahrs: Die Mitte polarisiert sich



J. Bischoff: Die Finanzwelt gerät aus den Fugen



Supplement:
Das (sozial)politische Mandat der Gewerkschaften
Horst Schmitthener zum 75.

Forum Gewerkschaften

W. Abel, M. Keßler: Der Spanische Bürgerkrieg



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Wahl des kleineren Übels



Mit knapper Mehrheit wählten die Peruaner Pedro Pablo Kuczynski zu ihrem neuen Präsidenten und erteilten Keiko Fujimori, Tochter des früheren Despoten Alberto Fujimori, zum zweiten Mal eine Abfuhr. Mit 50,12% gewann der wirtschaftsliberale Kandidat denkbar knapp die Stichwahl. ...

Ein heilloses Durcheinander



In Frankreich gehen die Auseinandersetzungen um das von der Regierung Holland eingebrachte Gesetzesprojekt zum Arbeitsmarkt trotz Fußball-Europameisterschaft weiter. Wir dokumentieren eine Kritik des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Piketty.

Rassistischer Doppelpass



AfD-Vize Alexander Gauland und die AfD-Vorsitzende Frauke Petry spielen mit Blick auf die Fußball-EM Doppelpass: Er äußert sich abfällig über den dunkelhäutigen, geborenen Berliner Jérôme Boateng vom FC Bayern München, sie stänkert gegen die Mekka-Pilgerreise des in Gelsenkirchen geborenen türkischstämmigen Mesut Özil, der bei Arsenal London sein Geld verdient. ...

(Rechts)Populismus und Machteliten

Erhard Korn: In den Fallstricken des Nationalismus	
Die AfD zwischen Konservatismus und prä-faschistischer Partei	2
Horst Kahrs: Jenseits der Statistiken sozialer Ungleichheit. Facetten modernisierter Beziehungen zwischen Arbeitswelt, Lebenswelt und Politik	5
Richard Gebhardt: »... but I know it when I see it!«	
Zu Jan-Werner Müllers Populismusdefinition	11
Dieter Boris: Was ist Populismus?	14
Sascha Pommrenke/Björn Wendt: Etablierte und Außenseiter	
Eine Kritik der Bilderberg-Konferenz	18

Der Brexit und schlechte Nachrichten für Europas Linke

Joachim Bischoff/Hinrich Kuhls/Björn Radke:	
BREXIT – Britannien verlässt die EU	22
Matteo Gaddi/Tiziano Rinaldini:	
CGIL – Initiative für ein neues Arbeitnehmer-Statut	32
Heinz Bierbaum: Grillos Triumph und Renzis Niedergang	
Zum Ausgang der Kommunalwahlen in Italien	36
Thomas Jaitner: Schlechte Nachricht für Spaniens Linke	
Zu den Parlamentswahlen vom 26. Juni	39
Heiko Bolldorf: Kroatien – MOST und die Formierung eines hegemonialen Projektes	42
Bernhard Sander: »Auch der kleine Mann kann Krach machen!«	
Streiks in Belgien	47

Finanzmärkte und Niedrigstzinsen

Joachim Bischoff: Die Finanzwelt gerät aus den Fugen	
Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik – aber wie?	52

Vor 80 Jahren: Madrid, Moskau, Berlin

Werner Abel: »Eine eigene revolutionäre Gesetzlichkeit«	
Ein Brief aus Spanien an Heinrich Brandler	61
Mario Keßler: Unsere Heimat ist heute vor Madrid (zu Abel/Hilbert)	66
Wladislaw Hedeler: »Wir werden Sie zwingen, den Terror zu gestehen ...«	
Vor 80 Jahren begann der erste der drei Moskauer Schauprozesse	68
Mario Keßler: Berlin 1936: Spiele der Nazis – oder mehr?	71

Nachruf | Impressum | Veranstaltungen | Film

Redaktion Sozialismus: Christina Ujma (31.10.1959-28.5.2016)	75
Impressum	67
Veranstaltungen & Tipps	76
Klaus Schneider: Miss Hokusai (Filmkritik)	77

Forum Gewerkschaften

Supplement: Hans-Jürgen Urban/Christoph Ehlscheid (Hrsg.)

Das (sozial)politische Mandat der Gewerkschaften

Horst Schmitthenner zum 75. Mit Beiträgen von Hans-Jürgen Urban, Christoph Ehlscheid, Stefanie Janczyk, Dirk Neumann, Klaus Pickshaus und Klaus Dörre

In den Fallstricken des Nationalismus

Die AfD zwischen Konservatismus und prä-faschistischer Partei

von Erhard Korn



Stralsund, 23.4.2016 (Foto: dpa)

»Wenn wir kommen, dann wird ausgeräumt, dann wird ausgemistet!« Mit diesen Worten trat Markus Frohnmaier aus Tübingen, Bundesvorsitzender der AfD-Jugendorganisation – inzwischen auch Petry-Sprecher –, vor Demonstranten am 28. Oktober 2015 in Erfurt auf. Was »ausmisten« heißen soll, bekam der SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Drexler zu hören, nachdem er der AfD-Abgeordneten Christina Baum, rabiante Rechte und Vorkämpferin gegen den neuen Bildungsplan, den Handschlag verweigerte: »Wer gegen die AfD ist, muss ermordet werden«, stand in einer Mail. Dabei sind Drexler und Maas nur die prominentesten Opfer, anonymen Drohungen sind AfD-Gegner ständig ausgesetzt: »Ihren Leserbrief in der Marbacher Zeitung haben wir zur Kenntnis genommen. Das war nur reine Hetze gegen die AfD. Der nationale Widerstand lebt. Wir wissen schon einiges über Sie und unsere Planungen sind am Laufen. Hetze gegen das eigene Volk muss bestraft werden!«, heißt es in einer Nachricht an den Verfasser. Da wetterleuchtet der inszenierte Volkszorn. Solche Drohungen belegen eine Radika-

lisierung der Methoden, in denen sich der Rechtspopulismus vom Rechtskonservatismus wegentwickelt. Übergriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte, zunehmend verübt von sogenannten Bürgerwehren wie Anfang Juni in Bautzen, werden von der AfD angeheizt und als Forderung nach Freiwilligenverbänden zur Aufrechterhaltung der »Sicherheit« quasi legalisiert.

Vom Rechtskonservatismus zum Rechtspopulismus

Rassistische Sprüche des damaligen CDU-Rechtsauslegers und Präsidenten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Gerhard Mayer-Vorfelder, über zu wenige »Germanen« in der DFB-Auswahl zeigen eine geistige Kontinuität zu den Provokationen Alexander Gaulands gegen den Nationalspieler Jérôme Boateng. Während sich allerdings vor 15 Jahren der DFB hinter »MV« stellte, verfiel sich nun Gauland in den »Fallstricken« des Nationalismus und wurde vom Chefredakteur der AfD-nahen »Jungen Freiheit« scharf kritisiert: »So ist es kaum zu fassen, wenn AfD-Poli-

tiker kurz vor der Fußball-Europameisterschaft eine Debatte über den von Jogi Löw zusammengestellten Kader los-treten. Wenn Gauland bei Anne Will noch einmal räsoniert, dass die Nationalelf 1954 aber noch »klassisch deutscher« war – während Kinder die deutschen Fahnen aus dem Keller holen, um in Kürze mit ihrer Nationalelf mitzufiebern.« (JF vom 10.6.2016)

Geistige Kontinuität zum Rechtskonservatismus zeigen auch die bildungspolitischen Vorstellungen der AfD. Mit seinen Forderungen nach preußischen Tugenden wie Disziplin statt Kritikfähigkeit, Elite statt Chancengleichheit und Gesamtschule, Familie statt Ganztagschule, einem positiven Deutschlandbild, Platz für deutsches Liedgut und vor allem das Deutschlandlied fand Mayer-Vorfelder in seiner Zeit als baden-württembergischer Kultusminister (1980-1991) Zustimmung für eine Linie, die dem »liberalen Späth ... den konservativen Flügel freihielt«, wie er selbst formulierte (Mayer-Vorfelder 2012: 37).

Ganz in dieser Tonart kritisiert nun die AfD in ihrem Wahlprogramm die »Planierung unseres leistungsorien-

tierten, mehrgliedrigen Schulsystems zur semi-sozialistischen Gleichmacherei der Gemeinschaftsschulen«. Die Hauptschule soll wieder (nur) auf praktische Berufe vorbereiten. Die AfD lehnt sowohl Gemeinschaftsschulen, Inklusion (sie »behindert Schüler in ihrem Lernerfolg«) und eine »neue Lernkultur« ab und fordert die Wiedereinführung der verbindlichen Zuweisung zu den drei weiterführenden Schularten nach Klasse 4. Zur »Volksgemeinschaft«, von der die AfD spricht, gehört also die Zementierung der sozialen Ungleichheit, die Spaltung in Schularten, der Sozialdarwinismus schon im Kindesalter.

Bei den 2014 begonnenen Protesten gegen den in Baden-Württemberg eingeführten Bildungsplan verband sich erstmals das Spektrum eines neuen hegemonialen Projekts von Christdemokraten bis hin zu Neonazis, das sonst am völkischen Rassismus scheitert. Organisierend und verbindend wirkte in der »Demo für alle« zunächst das »schwer durchschaubare Geflecht rechtskonservativer Organisationen« um die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch (Teidelbaum 2015: 7). Parlamentarischer Arm dieser Bewegung ist nun die AfD geworden. Im Landtagswahlkampf bezeichnete sie die vom neuen Bildungsplan vorgesehene Erziehung zur Toleranz als »Weg zur Gesinnungsdiktatur« und unterstellte, dass Rot-Grün »die Zerstörung der traditionellen Familie«, ja die Abschaffung des eigenen Volkes plane, so Christina Baum. »Genderismus« wird von der AfD als Synonym gebraucht für die Auflösung traditioneller Strukturen wie Familie und Volk (siehe Lang 2015: 29), aber auch für »Verweiblichung und Verweichlichung« (Stuttgarter Zeitung vom 10.6.2016).

Die vom AfD-Vordenker Marc Jongen geforderte »Erziehung zur Männlichkeit« lässt dagegen schon den Aufruf zur Erziehung zur Wehrhaftigkeit erahnen. Neben der Wehrpflicht will die AfD einen »Tag des Heimatschutzes« einführen. Schule soll zu einer »gefestigten Nationalidentität« erziehen, um durch Disziplin »starke Männer« zu formen. Die AfD Sachsen-Anhalt will die Lehrpläne außerdem zugunsten »positiver Anknüpfungspunkte« umschreiben, damit die Geschichte Deutsch-

lands in Zukunft »angemessen und unverfälscht« wiedergegeben wird« (FAZ vom 10.2.2016). Mut zur »nationalen Eigenart« fordert dort Hans-Thomas Tillschneider, der PISA als geistiges Vernichtungswerk an der deutschen Bildung bezeichnete, das »mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden muss« (zitiert nach DGB 2016: 21). Nationalismus soll als »Patriotismus« wieder salonfähig werden. Dabei schwingen nicht nur beim Bismarck-Bewunderer Gauland Vorstellungen einer auch militärisch unteretzten Großmachtstellung Deutschlands mit (siehe Kemper 2013: 88), während Markus Frohnmaier schon aktiv auf ein strategisches Bündnis mit Russland hinarbeitet.

Rechtspopulismus als Prä-Faschismus

In ihrem neuen Programm knüpft die AfD bis in die Wortwahl an die Vorstellungen des rechten »Parteienkritikers« Hans Herbert von Arnim vom »schlanken Staat« – also dem Abbau des Sozialstaats! – an, in dem plebiszitäre Formen der Demokratie verbunden werden mit einem System direkt gewählter Staatsführer (siehe Wagner 2011: 51).

»Eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien« habe »die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet«, ein »politisches Kartell, das die Schaltkegel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.« (AfD-Parteiprogramm »Mut zur Wahrheit«, S. 8) Ergänzend kommt hinzu die Forderung nach Direktwahl des Präsidenten (und der Ministerpräsidenten oder regierenden Bürgermeister). Völlig identisch hatte sich schon die NPD positioniert, allerdings die Notwendigkeit eines Umbaus des politischen Systems durch massive Kompetenzverlagerung vom Parlament zum direkt gewählten Präsidenten viel offener formuliert

(siehe Wagner 2011: 37). So soll sich der »Volkswille« durchsetzen können, ohne von Parteien und Gewerkschaften verfälscht zu werden. Unterstellt wird eine nicht von Klassen und sozialen Gegensätzen gebrochene Volksgemeinschaft. Verschwiegen wird, dass »das heutige Parlament nur die Form für den Austrag ökonomischer Gegensätze ist« und die Parteien die »berufenen Wortführer« der Klassen im Parlament, wie der linke Verfassungsrechtler Otto Kirchheimer 1930 formulierte. Die Einschränkung oder gar Beseitigung des Parlaments ginge deshalb auf Kosten der Durchsetzungsfähigkeit der Arbeiterklasse (siehe Kirchheimer 1964: 24 und 39). Dass diese an sich demokratische Funktion im Zuge der Entwicklung von Allerweltparteien (»Catch-All-Party«) immer weniger sichtbar ist, öffnet der rechtspopulistischen Kritik am politischen Establishment Tür und Tor.

Auch wenn die AfD sich auf das »Schweizer Vorbild« beruft, stammen ihre Vorschläge nicht aus der alemanischen Kantonaldemokratie, sie bewegt sich in der Tradition zentralistischer »bonapartistischer« Modelle. Seit Napoleon III. hat die Rechte akzeptiert, dass Demokratie nicht beseitigt werden muss, sondern schrittweise adaptiert werden kann durch Reduktion auf Akklamation und einen durch zentrale Führung – mit einem Volkskaiser, Präsidenten oder Führer – repräsentierten Volkswillen (vgl. Losurdo 2008: 10).

Antiislamismus als Ersatz für Antisemitismus

Schon wenige Tage nach dem Einzug in den Stuttgarter Landtag musste sich die AfD mit einem Skandal in ihren Reihen auseinandersetzen. Der ehemalige Maoist Wolfgang Gedeon lehnt die Unterstützung des »Zionismus« als Waffe gegen den Islamismus durch Rechtspopulisten wie Geert Wilders ab, da so »der Teufel mit dem Beelzebub« ausgetrieben werde. Er hatte in seinem Buch »Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten« von Ghetto-

Erhard Korn ist Leiter im Team des Vorstandsbereichs Grundsatzfragen der GEW Baden-Württemberg und Vorsitzender der Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg.

Juden als »innerem Feind des christlichen Abendlands« schwadroniert, die an einer »Versklavung der Menschheit im messianischen Reich der Juden« arbeiten und vor einer »Zionisierung der westlichen Politik« gewarnt. Entsprechend verteidigt er das Verschwörungsmachwerk »Die Protokolle der Weisen von Zion« als Beweis einer »freimaureisch-zionistischen Strategie«, die zunächst »die Pius-Brüder und schließlich das gesamte Christentum nieder machen und ausschalten« wolle (JF vom 10.6.2016).

Antisemitismus gilt seit Auschwitz als »zentrales Tabu«, als »Zivilisationsbruch«, vor dem sich die AfD scheuen muss, wenn sie sich »nicht politisch total isolieren« will (Stuttgarter Zeitung vom 8.6.2016). Wenn sie erfolgreich sein wolle, müsse sie sich wie der französische FN »deutlich von antisemitischen Tendenzen lossagen« (Gauland).¹ Alle bisherigen Versuche zur Bildung einer Rechtspartei steckten allerdings im Dilemma fest, dass überall dort, wo man militanten Nationalismus predigt, »der Antisemitismus gleichsam automatisch mitgeliefert wird«, wie Adorno 1964 konstatierte. Da der Antisemitismus die Funktion hat, die »sonst sehr divergierenden Kräfte eines jeden Rechtsradikalismus auf die gemeinsame Formel zu bringen« (Adorno), braucht die AfD einen Ersatz, um die Widersprüchlichkeit ihrer (sozialpolitischen) Programmatik zu überbrücken, die sonst jeden politischen Ansatz sprengen müsste.

Beim Stuttgarter Parteitag am 1. Mai 2016 zeigten sich Bruchlinien, gegen die Frauke Petry ihre zentrale Botschaft setzte: »Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren!« Die AfD müsse durch ihre Kulturkampfrhetorik gegen »Genderismus« und Islam die Flügel zusammenhalten. Der AfD-Stratege Gauland will eine sozialprotektionistische »Politik für den kleinen Mann«, für »Menschen am unteren Ende der sozialen Skala« durchsetzen (Stuttgarter Zeitung vom 26.4.2016). Meuthen ebenso wie Beatrix von Storch lehnen ein solches Konzept (am Beispiel des französischen FN) bisher als »sozialistisch« ab. Sie setzen auf Entbürokratisierung, also z.B. die Abschaffung von Daten-, Arbeits- und Gesundheitsschutz

und eine Privatisierung der Sozialversicherung (Süddeutsche Zeitung vom 17.4.2016). Auch wenn dies noch nicht offen gesagt wird, zielt die versprochene »Entbürokratisierung« und »Entlastung« der Unternehmen auch auf eine Schwächung und letztlich Beseitigung von Betriebsräten und Gewerkschaften.

»Die AfD verdankt ihren Erfolg einer Aktivierung des Syndroms ›Rassismus‹ und ›Fremdenfeindlichkeit‹. Dabei spielt die Warnung vor einer Islamisierung des Landes eine zentrale Rolle.« (Bischoff/Müller 2016: 10). Daher ist die Aussage »Der Islam gehört nicht zu Deutschland« der neue Programmschwerpunkt. Die stellvertretende Landesvorsitzende Baden-Württembergs, Christina Baum, spricht sogar von einem »schleichenden Genozid«. Sie folgt der »Argumentation« des Bestsellerautors Akif Pirinçci und von »PI-News«, die in der Zuwanderung eine bewusste »Umvolkung« Deutschlands sehen. PI-News hetzt gegen Schulen wegen ihrer auf Integration ausgerichteten Arbeit und löste so Hassmails gegen die Schulleiterin des Gottlieb-Daimler-Gymnasiums in Stuttgart aus. Die Anti-Islam-Parolen der AfD tragen eine neue Polarisierung in die Gesellschaft – damit hat sich die AfD deutlich vom Rechtskonservatismus eines Mayer-Vorfelder wegbewegt. Ihre »Radikalisierung« bringt sie in eine Situation, Konflikte selbst zu provozieren, vor denen sie warnt, und damit den Anschluss an konservative Wählergruppen zu verlieren, auf die sie angewiesen ist.

Wenn der AfD-Landesvorsitzende Jörg Meuthen zur Eröffnung des Parteitags in Stuttgart von einem »Fahrplan in ein anderes Deutschland« spricht, »weg vom linken, rotgrünen, verseuchten 68er-Deutschland, das manchmal auch leicht versifft ist«, dann klingt hier ein Denken an, das den politischen Gegner als auszumerzende Krankheit sieht. »Frau Merkel ist eine Verbrecherin am deutschen Volk, die ihre Jahre im Gefängnis absitzen müsste«, so der AfD-Abgeordnete Heinrich Fiechtner (Stuttgarter Zeitung vom 15.1.2016). Das ist die Tonlage der NPD, die sich, wie der inzwischen tonangebende Höcke-Flügel, als »Bewegungspartei« (Häusler/Virchow 2016: 47) begreift. Auch wenn

sie sich zunehmend nach rechts bewegt, ist die AfD keine faschistische Partei. Aber sie ist in weiten Teilen zu einer präfaschistischen Partei geworden, die die Tabuisierung nationalistischer Politik bewusst durchbricht, ein Freund-Feind-Denken praktiziert, in dem Gegner kriminalisiert oder gar zu Krankheitsregenern erklärt werden, deren Ausrottung in einer sich radikalierenden Aufstandsrhetorik propagiert wird.

Die AfD hat es bisher geschafft, in zentralen Fragen öffentlicher Sicherheit am »Alltagsverstand« vieler Menschen anzudocken. Die Skandale um Gedeon und Gauland zeigen aber auch, dass die AfD immer wieder Gefahr läuft, sich in den »Fallstricken des Rassismus« zu verfangen.

Literatur

- Theodor W. Adorno (1964): Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: Das Argument 29.
- Joachim Bischoff/Bernhard Müller (2016): Rechtspopulismus, das »wahre Volk« und Fremdenfeindlichkeit, in: Sozialismus 5.
- DGB (2016): Die AfD: Eine rechtspopulistische Partei im Wandel, Berlin.
- Sebastian Friedrich (2015): Der Aufstieg der AfD, Berlin.
- Alexander Häusler/Fabian Virchow (Hrsg.) (2016): Neue soziale Bewegung von rechts?, Hamburg.
- Andreas Kemper (2013): Rechte Euro-Rebellen, Münster.
- Otto Kirchheimer (1964): Weimar – und was dann, in: Politik und Verfassung, Frankfurt a.M.
- Juliane Lang (2015): Feindbild »Genderismus«, in: Friedrich Burschel (Hrsg.), Aufstand der Wutbürger, Berlin (RLS).
- Domenico Losurdo (2008): Demokratie oder Bonapartismus, Köln.
- Gerhard Mayer-Vorfelder (2012): Ein stürmisches Leben, Stuttgart.
- Peter Reif-Spirek (2016): AfD oder: Die Krise der Repräsentation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5.
- Lucius Teidelbaum (2015): »Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens«, in: Lucie Billmann, Unheilige Allianz, Berlin (RLS).
- Thomas Wagner (2011): Demokratie als Moglepackung. Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus, Köln.
- Alban Werner (2015): Was ist, was will, wie wirkt die AfD, Karlsruhe.

¹ AfD-Fraktionschef Jörg Meuthen, der beim Antisemitismus »eine Null-Toleranz-Politik« angekündigt hatte, geriet daher »zwischen Skylla und Charybdis« (Junge Freiheit) und versuchte gegen erheblichen Widerstand in der Fraktion, Gedeon auszuschließen. Man verständigte sich darauf, dass dieser sein Mandat einstweilen ruhen lässt.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigegeführten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

